

Bettina Schlauraff | Sönke Lorberg-Fehring (Hg.)

KIRCHE GEGEN DEN HASS

**BETTINA SCHLAURAFF |
SÖNKE LORBERG-FEHRING (HG.)**

KIRCHE GEGEN DEN HASS

**Mit dem alltäglichen Rechtsextremismus umgehen
Theologische und praktische Ansätze
für Gemeinden**

LESEPROBE

Die Bibelstellen sind, wie jeweils gekennzeichnet, entnommen aus:
Lutherbibel, revidiert 2017, © 2016 Deutsche Bibelgesellschaft, Stuttgart
BasisBibel 2021, © Deutsche Bibelgesellschaft, Stuttgart
Einheitsübersetzung der Heiligen Schrift
© 2016 Katholische Bibelanstalt GmbH, Stuttgart
Alle Rechte vorbehalten.

Neues Leben. Die Bibel, © der deutschen Ausgabe 2002 und 2006 R. Brockhaus in
der SCM Verlagsgruppe GmbH, Holzgerlingen (www.scm-brockhaus.de)
www.neukirchener-verlage.de



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im
Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Die automatisierte Analyse des Werkes, um daraus Informationen insbesondere
über Muster, Trends und Korrelationen gemäß § 44b UrhG zu gewinnen, ist unter-
sagt.

© 2026 Neukirchener Verlagsgesellschaft mbH, Neukirchen-Vluyn
Andreas-Bräm-Straße 18/20, 47506 Neukirchen-Vluyn,
info@neukirchener-verlage.de
Alle Rechte vorbehalten

Umschlaggestaltung: Grafikbüro Sonnhüter, www.grafikbuero-sonnhueter.de,
unter Verwendung von Bildern von Paper Trident (shutterstock)

Lektorat: Anna Böck

DTP: dtp studio eckart | Jörg Eckart, Frankfurt am Main

Verwendete Schriften: FF Tisa, Barlow, le-Genoss

Gesamtherstellung: Druckerei Finidr, s. r. o., Český Těšín

Printed in Czech Republic

ISBN 978-3-7615-7103-3

www.neukirchener-verlage.de

Inhalt

Vorwort 9

Teil I: Einführungen

Die Kirche und die extreme Rechte 21
HENNING FIAP

Historische Verbindungen von Rechtsextremismus und Kirche 27
PROF. DR. THORSTEN DIETZ

Erinnerungskultur 33
DR. MARTIN ZERRATH

Das Verhältnis von extremer und religiöser Rechten zur Demokratie . . . 39
DR. HANS-ULRICH PROBST

Populismus 45
DR. FRANK HIPPEMANN

Von gebrochenen Knochen, Wölfen und Grundnarrativen
der politischen Praxis 50
CAMILIA ANGOA

Die Rhetorik des Wir: Sprachstrategien der extremen Rechten im
persönlichen Gespräch. 55
DR. ANNALENA SCHMIDT

Angriff der Klonkrieger. Rechtsextremismus und digitale
Kommunikation. 60
DR. HARALD LAMPRECHT

Christentum von rechts. Eine theologische Einordnung	65
<i>PROF. DR. ARNULF VON SCHEELE</i>	
Im Konflikt mit neurechten politischen Theologien.	71
<i>DR. PHILINE LEWEK</i>	
Kirche und Demokratie: Praktiken öffentlicher Positionierung angesichts des Erstarkens der extremen Rechten	76
<i>PROF. DR. KRISTIN MERLE</i>	
Demokratische Sichtbarkeit	82
<i>DAVID BEGRICH</i>	
Rechtsextremismus und Kirchenrecht	86
<i>HELGE JOHR, JURIST</i>	

Teil II: Andachten und geistliche Worte

Predigt zu 1. Samuel 8	95
<i>RALF MEISTER</i>	
Andacht zu Psalm 73	99
<i>BETTINA SCHLAURAFF</i>	
Predigt zu Markus 12,29-31.	103
<i>KRISTINA KÜHNBAUM-SCHMIDT</i>	
Predigt zu Johannes 16,33	108
<i>KIRSTEN FEHRS</i>	
Predigt zu Apostelgeschichte 2,9-11.46.47	111
<i>ANDREAS MALESSA</i>	
Predigt zu Galater 3,29	114
<i>DR. HEINER WILMER SCJ</i>	
Predigt zu Galater 5,1.13-17	117
<i>MARTIN GARMAIER</i>	
Predigt zu 1. Petrus 3,8-12	120
<i>DR. SUSANNE BEI DER WIEDEN</i>	
Predigt zu Sure 94,5-8	123
<i>DR. HAMIDEH MOHAGHEGHI</i>	

Teil III: Praxisprojekte

Gemeinsam für ein kraftvolles Für 129
SCHWESTER PD DR. NICOLE GROCHOWINA

Ehrenamtlich beauftragt. 133
JOACHIM NOLTE

Gemeinsam wirksam: Themenraum Demokratie stärken 138
INES LANGHORST

Initiative „Kirche für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“
 Niedersachsen 143
MARIA SINNEMANN

Kirche als Brückenbauerin zwischen den gesellschaftlichen Lagern . . 148
MAX VON EGIDY

Buntes Grabow – ins Tun kommen 153
RICARDA WENZEL

Nagelkreuz-Kirche Demmin: Trauertuch 158
UTA VOLK

Offene Stadtteilinitiative unter dem Dach der Kirche 163
TILMAN LAUTZAS

Politisch Predigen praktisch. 167
LARS-ROBIN SCHULZ

Jugendarbeit gegen Rechts im südlichen Brandenburg 172
TILMAN WIARDA

50 Köpfe 177
DR. STEPHAN LOOS

Wie können wir trainieren, klug und wirkungsvoll
 zu widersprechen? 181
DR. ANDREAS FISCH

Das gute Leben: wie Dialog Demokratie fördert 186
MAREIKE BROMBACHER

FrieslandVisionen: Wie wollen wir morgen leben? 190
BRUDER FRANZISKUS AARON

Sprachlosigkeit überwinden – Council als Chance 195
THORID SCHMELTER / KARL-GEORG OHSEI

Büchsen der Demokratie - Bubblecrasher199
<i>DR. ANNIKA SCHREITER / TOBIAS THIEL / ANNE TIPPELHÖFFER</i>	
Demokratie im Gespräch - Wahlforum in Arnstadt204
<i>ELKE ROSENTHAL / DR. FRANK HIPPDMANN</i>	
Sachsensofa210
<i>PAULINA OLSCHIEWSKI</i>	
demoSlam - mal anders streiten!215
<i>LEONIE PESSARA</i>	
Wer Anstand hat, hält Abstand.219
<i>ALENE OTT / LUKAS PEKIG / QUINTON CEASAR</i>	

Vorwort

Es ist die Sprache, die sich verschiebt. Freund:innen bezeichnen plötzlich die Überzeugung anderer als „Zeitgeist“. Nachbar:innen, die sich zu allem äußern, meinen, sie dürften nichts mehr sagen. Familienfeste erleben schweigende Momente, in denen Fremdheit aufblitzt. Es ist die innere Aufruhr, die alle durch ein ständiges Krisengefühl und permanentes Reiben auf dem Skandalnerv befällt. Da sind viele, die bereits mit erhobener Stimme in jede Diskussion gehen. Es sind die Sätze, die man ja wohl noch sagen dürfe – und die bitter nach knallenden Stiefeln im Marschtakt schmecken. Es sind Wahlergebnisse in Heimatorten, die uns dazu bringen, einander beim nächsten Fest im Viertel misstrauisch zu mustern. Da sind Störungen und Hasskampagnen, durch Großspenden bezahlte Wahlkämpfe, eine Vorherrschaft in großen Teilen der sozialen Medien und tätliche Gewalt.

Rechtsextreme Haltungen, Gedanken, Narrative und Programme beginnen, sich im Raum der Normalität häuslich einzurichten. Vielen macht das Angst. Christ:innen fragen sich, ob sie nicht in besonderer Weise herausgefordert wären, ihre Stimme zu erheben und den Hass zu benennen. Kirchengemeinden und Gruppen überlegen, Protest zu organisieren und Rechtsextremismus entgegenzutreten. Dieses Buch bietet dafür Hintergrundwissen, geistliche Unterstützung und konkrete Beispiele.

Rechte Gewalten aufzuhalten, kann damit beginnen, Menschen wieder für positive Offenheit zu gewinnen, ihnen Gemeinschaft anzubieten und Möglichkeiten zum Austausch und zum Gehörtwerden. Dieses Buch wirbt für Verständigung und Aufeinanderzugehen. Gleichzeitig macht es deutlich, wo Grenzen gezogen werden müssen. Es zeigt: Die wirksamste Haltung gegen Hass ist *Nicht-Hass*. Neben allen Protesten und Grenzziehungen, eindeutigen Worten und Deklarationen braucht es, dass wir als Gesellschaft nicht voneinander las-

sen, sondern immer wieder aufeinander hören. Wir als Kirche, als Christ:innen, müssen unsere Komfortzonen verlassen, Klartext sprechen, im Zweifel auch mal einen Schritt zurücktreten, um uns auf die Menschen in der Nachbarschaft, der Stadt oder unserem Dorf einzulassen.

Dieses Buch soll Haupt- und Ehrenamtliche in Kirchengemeinden, bei Diakonie und Caritas und in allen weiteren kirchlichen Bereichen ermutigen und bestärken, sich auf das schwierige Arbeitsfeld der Positionierung gegen rechte Theologie und rechten Populismus einzulassen. Es ist in der Hoffnung geschrieben, dass wir uns nicht abschotten, sondern Trennlinien einladend überschreiten.

Sehr häufig ist in diesem Buch von „rechts“, „rechtsradikal“, „rechtsextrem“ und „rechtspopulistisch“ die Rede. Dabei handelt es sich um die Bezeichnung einer theologischen und politischen Haltung und entsprechenden Praxis, die im Gegensatz zu konservativen Positionen nichts bewahren und schützen will, sondern auf Abgrenzung und Zerstörung beruht. Sie geht auf eine Grundsatzdefinition des Vordenkers der sogenannten „Neuen Rechten“ Alain de Benoist zurück. Er bezeichnet eine Haltung als „rechts“, die die Vielfalt in der Welt als Ursache für Ungleichheiten ansieht – und diese Ungleichheiten sogar als etwas Positives betrachtet. Das christliche Selbstverständnis, dass aus der gleichen Würde aller Menschen der Auftrag resultiert, für das Wohlergehen aller einzutreten, nennt er abfällig „die fortschreitende Vereinheitlichung der Welt“ durch „den Diskurs der egalitären Ideologie“ und bezeichnet es als „ein Übel.“ (Benoist 1985, 14.) Diese Haltung wird in diesem Buch als *rechts* bezeichnet, ihre radikale, demokratiefeindliche Ausprägung als *rechtsradikal*, Versuche, die gegenwärtige demokratische Ordnung zu stürzen, als *rechtsextrem* und die Behauptung, damit den reinen, unverfälschten Volkswillen zu vertreten, als *rechtspopulistisch*. Rechtsextreme Untergangsszenarien sind stets von Zynismus und Negativität geprägt. Das unterscheidet sie grundlegend von anderen politischen Strömungen.

Selbstverständlich haben auch Rechtsextreme religiöse Fragen und Überzeugungen. Das unterscheidet sie von Neonazis, deren Ideologie sich in der Regel durch eine ausgeprägte Feindschaft gegen das Christentum und einen Bezug auf pagane, germanische Vorstellungen auszeichnet.

Die sogenannten „Alten Rechten“ sind häufig stark neonazistisch geprägt, entsprechend spielt das Thema Religion bei ihnen keine große Rolle. Ihr Kernanliegen ist die Verherrlichung der nationalsozialistischen Ideologie: die Leugnung oder Verharmlosung der Shoa, also des nationalsozialistischen Völkermords an den europäischen Jüd:innen. Die sogenannten „Neuen Rechten“ ziehen Religion vor allem zur Begründung ihres autoritären Extremnationalismus heran. Sie hat hier keinen Eigenwert, sondern dient der Untermauerung national-identitärer Vorstellungen. Die Verbrechen des NS-Staates werden von den Neuen Rechten in der Regel nicht geleugnet, wohl aber relativiert. Diese Versuche bilden die ideologische Grundlage der sogenannten (weil ja keine wirkliche) „Alternative für Deutschland“ (AfD), der aktuell einflussreichsten rechten und in Teilen auch rechtsextremen Gruppierung in Deutschland. (Vgl. Claussen 2025.)

Für den Erfolg der „AfD“ dominieren im Wesentlichen zwei Erklärungen: Zum einen wird auf gesellschaftliche Unsicherheiten verwiesen, die an einer weltweit vernetzten Wirtschaft, sozialen Abstiegsängsten und steigenden Migrationszahlen festgemacht werden. Es wird vermutet, dass Menschen extrem rechte Parteien wählen, weil diese mit dem Versprechen auftreten, eine vermeintlich gute alte Zeit wiederherzustellen, in der es diese Unsicherheiten nicht gab. Zum anderen werden kulturelle Gründe genannt, die mit dem Verlust der eigenen Identität begründet werden. Auch hier gilt das Versprechen extrem rechter Parteien, ethnisch und kulturell homogene Gemeinschaften anzustreben, als Grund für ihren gegenwärtigen Erfolg.

Beide Erklärungen haben allerdings keine Antwort auf die Frage, warum sich der Aufstieg der „AfD“ schneller vollzieht als von anderen politischen Veränderungsprozessen bekannt ist. Eine mögliche Ursache liegt darin, dass viele Menschen bereits vorher rechtsextreme

Ansichten vertraten, diese aber nicht öffentlich äußerten. Durch den Erfolg extrem rechter Parteien – nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa, Russland und den USA – verringert sich die Hemmschwelle, solche Positionen im Freundes- oder Berufsumfeld zu vertreten. (Vgl. Faigle/Jacobsen 2025.) Diese Entwicklung wird durch die Strategie konservativer, liberaler und auch sozialdemokratischer Parteien begünstigt, die durch die Übernahme rechter und rechtspopulistischer Positionen versuchen, Wählerwanderungen zu stoppen und verlorene Wähler:innen zurückzugewinnen. Eine aktuelle Studie zeigt, dass solche Strategie bei einer *autoritär-rechtspopulistischen* Partei wie der „AfD“ nicht nur scheitert, sondern sogar die Parteien schwächt, die sich davon Erfolg versprechen. (Adenauer-Stiftung 2025.)

Für die Beschäftigung mit der religiösen Dimension des Rechts extremismus ist diese Erkenntnis sehr wichtig. Viele rechtsextreme Akteur:innen beanspruchen, Standpunkte zu vertreten, die noch vor wenigen Jahrzehnten Grundüberzeugungen des politischen und religiösen Mainstreams gewesen sind. Ihr Vorwurf lautet, dass nicht nur Parteien, sondern besonders auch die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) diese Überzeugungen aufgegeben und damit verraten hätten. Nun sehen sie sich in der Pflicht, diese Standpunkte wieder einzufordern und ihre Umsetzung notfalls gewaltsam durchzusetzen.

Daraus ergibt sich für die Kirche, ihre Positionen noch stärker theologisch zu fundieren. So lässt sich der rechtsextreme Vorwurf einer Zeitgeisttheologie widerlegen und zeigen, dass neue theologische Erkenntnisse notwendigerweise zu veränderten kirchlichen Haltungen führen.

Obwohl die „AfD“ gegenwärtig von einem Umfragehoch zum nächsten eilt, verliert sie (bisher) regelmäßig bei Kommunal- und Personalwahlen und spielt in großen Teilen der verfassten Kirchen kaum eine Rolle. Es ist wichtig, dies wahrzunehmen. Denn es zeigt, dass rechtsextreme Forderungen im gesellschaftlichen und religiösen Bereich von der überwiegenden Mehrheit in diesem Land nicht gewollt sind. Trotzdem ist es eine wichtige Aufgabe von Staat und Kirchen, da-

nach zu fragen, ob gesellschaftliche und kirchliche Veränderungsprozesse einer nicht unerheblichen Anzahl von Menschen unter Umständen zu schnell gegangen sind. Welche Strategien können hilfreich sein, um diese Menschen nicht dauerhaft für demokratische Diskurse und kirchliche Veränderungsprozesse zu verlieren? Es ist immerhin möglich, dass die Wahlerfolge der „AfD“ zwar darauf hindeuten, dass viele Menschen unzufrieden sind und diese Unzufriedenheit bei Wahlen und im öffentlichen Auftreten ausdrücken, dass sie aber trotzdem staatliche und kirchliche Geschicke nicht in die Hand von Rechtsextremisten legen wollen.

Für das eigene und institutionelle Handeln wird es immer wichtiger, Hintergründe und rechte Strategien zu verstehen. Zudem braucht es Ermutigung, Ermächtigung und Inspiration, um sich dem Rechtsextremismus wirksam in den Weg stellen zu können.

Darum haben wir in diesem Buch drei unterschiedliche Zugänge versammelt:

Der erste Abschnitt bietet historische, theologische und politische Übersichtsartikel, die einen fundierten Einstieg in das Thema „Kirche und Rechtsextremismus“ ermöglichen. Hier werden historische Kontinuitäten, theologische Brüche und politische Strategien rechter und rechtsextremer Agitation sichtbar.

Im zweiten Abschnitt zeigen Andachten und Predigten die große Stärke des Glaubens und der Religion gegen rechtsextreme Versuche, Angst zu säen und Menschen gegeneinander aufzubringen. Diese geistlichen Texte sollen dazu anleiten, sich aktiv den Versuchen zu widersetzen, aus der befreienden Nachricht des Evangeliums eine unchristliche Gottes- und Menschenfeindlichkeit abzuleiten.

Im dritten Abschnitt sind praktische Beispiele aufgeführt, die Vorbilder sein können und zum Nachahmen ermutigen sollen. Sie geben einen Einblick in die vielfältige Arbeit, die in Gemeinden, theologischen Ausbildungsstätten, Akademien und bei freien Trägern von engagierten Haupt- und Ehrenamtlichen im Widerstand gegen rechte Hetze geleistet wird.

Besonders wichtig ist uns die große Bandbreite der verschiedenen Zugänge, Ideen und Aktionen. Die einzelnen Artikel sind bewusst kurz und individuell gehalten und zeigen eine unterschiedliche Verwendung von gendergerechter Sprache. Beides ist dem Wunsch geschuldet, möglichst vielseitige Perspektiven vorzustellen. Dennoch sind wir uns bewusst, dass wir nur einen kleinen Ausschnitt aus der vielfältigen und kreativen Arbeit bieten können, die Engagierte mit viel Hingabe leisten. Eine hilfreiche Übersicht bietet hier die Initiative der ‚Evangelischen Kirche in Deutschland‘ (EKD) und der Diakonie: #VerständigungsOrte. Zur Vertiefung der einzelnen Artikel in diesem Buch sind unter jedem Text weiterführende Literaturhinweise aufgeführt.

Wir sind uns bewusst, dass es eine sehr große Herausforderung ist, so wichtige Überlegungen in eine stark komprimierte Form zu bringen. Wir danken allen Autor:innen, dass sie sich auf diese schwierige Aufgabe eingelassen haben. Es war eine Freude, mit Ihnen und euch zusammenzuarbeiten!

Die unterschiedlichen Ansätze in diesem Buch zeigen, dass es keine einheitliche Linie gibt, wie mit Rechtspopulist:innen und Rechtsextremist:innen umgegangen werden sollte. Ein Grund dafür ist, dass bislang kaum eine Strategie nachhaltig Erfolg gezeigt hat. Im Gegenteil: Das rechtsextreme ‚Vier-Säulen-Konzept‘ scheint zu funktionieren und führt dazu, dass das Gedankengut der „AfD“ auf vielen gesellschaftlichen Feldern Dominanz erlangt. Dabei soll in einem ersten Schritt der ‚Kampf um die Straße‘ öffentliche Aufmerksamkeit erregen, der ‚Kampf um die Parlamente‘ hat die Stärkung des politischen Einflusses zum Ziel, der ‚Kampf um die Köpfe‘ soll eine möglichst breite Meinungsbildungsmacht erreichen und der ‚Kampf um den organisierten Willen‘ zielt darauf ab, die unterschiedlichen nationalistischen, extremistischen und fundamentalistischen Strömungen zu bündeln. Ein zentrales rechtsextremes Mittel zur Durchsetzung dieser Strategie ist, andere Ideen und Überzeugungen zu diskreditieren und Menschen, die sie vertreten, persönlich anzugreifen. Zudem werden politische, religiöse und kulturelle Unterschiede so sehr überzeichnet,

dass daraus Spaltungen entstehen und Menschen das Vertrauen ineinander und in die Bemühungen der jeweils anderen verlieren.

Es braucht Mut, sich rechtsextremen Machtergreifungsstrategien entgegenzustellen. Die großen Demokratiedemos der letzten Jahre sind ein starkes Zeichen dafür. Sie müssen aber in konkrete Aktionen übersetzt werden. Genau solche Übersetzungsleistungen bieten die Beispiele im dritten Teil dieses Buches. Die Basis dafür bildet historisches und theologisches Wissen, wie es der erste Teil dieses Buches liefert, um rechte Ansätze zu durchschauen. Die geistliche Inspiration und Aufrichtung aus dem zweiten Teil dieses Buches können uns in dieser gesellschaftlichen Aufgabe stärken.

Ein starkes *Wir*-Gefühl, das nicht auf exkludierende Mechanismen beruht, sondern die Kraft hat, sich für neue Menschen, ihre Ideen und Impulse zu öffnen, ist die Grundlage für ein friedliches und friedensstiftendes Zusammenleben. Rechte Agitator:innen sind darum bemüht, dieses *Wir*-Gefühl zu zerstören, indem sie nicht nur den Staat, sondern auch die etablierten Kirchen als *Elite-Projekte* abwerten. Die Artikel, die in diesem Buch versammelt sind, zeigen, dass das Gegenteil der Fall ist: Kirchen sind in ihrer ganzen ökumenischen Vielfalt Orte, an denen Grenzen überschritten werden und neue Perspektiven entstehen können. Deswegen beschränken sich die hier versammelten Andachten und Predigten weder auf eine Kirche noch auf eine Religion.

Um der „AfD“-isierung unserer Gesellschaft entgegenzutreten, braucht es Realismus, Mut und Optimismus – und die Einsicht, dass der Erfolg der „AfD“ von vielen Rechtsextremen nur als erster Schritt angesehen wird. Das eigentliche Ziel ist eine grundlegende Umgestaltung unseres Landes nach autoritär-völkischen Vorstellungen. Die zunehmende sprachliche Verrohung gesellschaftlicher Debatten, die rechtspopulistische Verschiebung des politischen Diskurses und die gezielte Ausnutzung von Veränderungssorgen und Abstiegsängsten zeigen: Rechtsextreme streben nach Deutungshoheit in zentralen gesellschaftlichen Fragen. Bei den Themen Migration und Islam ist ihnen das schon weitgehend gelungen. Angesichts der Entwicklung in

Europa und weltweit ist es nur eine Frage der Zeit, dass rechtsextreme Vereinnahmungsstrategien auch auf dem Feld der Religion noch stärker zunehmen.

Ein defensives Handeln wird auf Dauer nicht erfolgreich sein. Statt sich auf vermeintliche Brandmauern zu verlassen, ist es wichtig und legitim, die Zusammenarbeit mit Rechten, Rechtsextremen und Rechtspopulist:innen konsequent auszuschließen. Natürlich verschwindet damit die rechtsextreme Bedrohung nicht. Es bleibt daher unerlässlich, immer wieder neu für eigene Überzeugungen einzustehen und sie offen und aktiv in kirchliche, politische und gesellschaftliche Debatten einzubringen. Dafür braucht es selbstbewusst-programmatische Ansätze, die helfen, Ängste zu überwinden und Lösungen formulieren.

Es ist wichtig, rechtsextreme Ansätze immer wieder als das zu entlarven, was sie sind: eine Gefahr für das friedliche Zusammenleben unterschiedlicher Menschen. Die rechtsextreme Rede von *Kultur* ist häufig nur eine Tarnung für die rassistische Vorstellung, Menschen voneinander zu unterscheiden und von ihrer Trennung zu phantasieren. Ein Beispiel dafür ist die rechte Wortschöpfung *Ethnopluralismus*. Damit ist nicht gemeint, dass Menschen mit verschiedenen Prägungen ein friedliches und wertschätzendes Zusammenleben einüben. Es geht vielmehr darum, sie voneinander zu separieren.

Vieles von dem, was in diesem Buch beschrieben wird, lässt sich als Reaktion auf die gegenwärtigen gesellschaftlichen Umbrüche lesen. Den Kirchen fehlt zunehmend die Kraft und auch die gesellschaftliche Bedeutung, um wirkungsvoll Brücken zwischen unterschiedlichen Gruppen zu schlagen. Zurück bleibt bei vielen ein Gefühl von Unsicherheit, das es leicht macht, einzelne gesellschaftliche Entwicklungen, wie z. B. Migration, zu Symbolthemen einer alten Weltanschauung in einem neuen Gewand zu machen. Auch wenn die gesellschaftliche Bedeutung der Kirchen abnimmt, so bleibt es doch ihre zentrale Aufgabe, gegen diese Vertrauenskrise anzuarbeiten. Deswegen zeichnen sich alle hier versammelten Artikel, Predigten und Praxisprojekte dadurch aus, dass sie bestrebt sind, ein neues christliches

Selbstbewusstsein aufzubauen. Das ist unsere Antwort darauf, dass wir nicht gewillt sind, vor dem bedrohlichen Anwachsen des Rechts-extremismus in Angst zu verharren. Wir glauben vielmehr daran, dass die christliche Botschaft von der Gleichheit aller Menschen auch weiterhin die Kraft hat, positive Dienste für unsere Kirchen, unsere Gesellschaft und unsere Demokratie zu leisten.

Rechtsextreme Agitation profitiert davon, selbst Themen zu setzen und dadurch den öffentlichen und privaten Diskurs zu dominieren. Die Beiträge in diesem Buch sind ein Versuch, die Deutungshoheit zu verteidigen oder in manchen Fällen auch zurückzugewinnen und selbstbewusst eigene, kirchliche Profile zu vertreten. Es geht nicht nur darum, die Debatten um die Zukunft unseres Landes und unserer Kirchen richtig zu führen – es geht auch darum, die richtigen Debatten zu führen.

**SÖNKE LORBERG-FEHRING UND
BETTINA SCHLAURAFF**

-
- Claussen, Johann Hinrich, *Wie halten es extreme Rechte mit der Religion?*, in: Chrismon online, 24. 9. 25, t1p.de/ljamd [abgerufen am 17. 10. 25].
- Benoist, Alain de, *Kulturrevolution von rechts. Gramsci und die Nouvelle Droite*, Krefeld 1985.
- Faigle, Philip / Jacobsen, Lenz / Vicente Valentim: „Angela Merkel lag richtig“. *Haben Menschen früher rechter gedacht, als sie gewählt haben? Der Forscher Vicente Valentim sagt, dass wir eine Ursache für den Erfolg extrem rechter Parteien übersehen*, in: DIE ZEIT, 5. 11. 25, t1p.de/4fdua [abgerufen am 16. 11. 25].
- Valentim, Vicente, *Die Normalisierung der radikalen Rechten. Über politische Präferenzen und politisches Verhalten*, Wiesbaden 2026.
- Konrad-Adenauer-Stiftung, *Zwischen Abgrenzung, Einbindung und Tolerierung Fallbeispiele für den Umgang mit rechtspopulistischen Parteien in Europa*, Berlin 2025, t1p.de/aos4e [abgerufen am 16. 11. 25].
- #VerständigungsOrte, *eine Initiative der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)*, t1p.de/bffnr [abgerufen am 17. 10. 25].

Demokratische Sichtbarkeit

DAVID BEGRICH, Theologe und Soziologe, Mitarbeiter der Arbeitsstelle Rechtsextremismus beim Miteinander e.V. in Magdeburg
 begrich.gs@miteinander-ev.de

Ein langer Atem für Demokratie

Die Demonstrationen und Kundgebungen nach dem Bekanntwerden des Treffens von rechtsextremen Akteur*innen in Potsdam im Frühjahr 2024 waren Lichtblicke. Endlich meldete sich die demokratische Zivilgesellschaft vernehmbar zu Wort, nachdem die „AfD“ und ihr rechtsextremes politisches Vorfeld Wahlerfolg um Wahlerfolg einfuhr und auf allen Kanälen rassistische Kampagnen befeuerte. Es schien, als hätte ein großer Teil der Gesellschaft – wenn schon nicht deren Mehrheit – begriffen, welche Gefahr von der „AfD“ und ihrem weiteren Aufstieg ausging. Für ein paar Wochen sah es so aus, als habe die demokratische Gesellschaft ein Signal gesetzt: bis hierher und nicht weiter mit dem in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellosen Aufstieg einer rechtsextremen Partei. Doch der Anschein trog. Wie nicht anders zu erwarten, ebten die Demonstrationen und die Empörung über das Potsdamer Treffen und seine rassistischen Thesen aus nachvollziehbaren Gründen wieder ab.

Doch Demonstrationen, so sehr sie ihre Teilnehmenden politisieren mögen, sind nur ein Medium, um sich als Bürger*in dauerhaft für den Schutz der Demokratie zu organisieren, Strategien zu entwickeln und gemeinsam nach Wegen zu suchen, den Zugriff der „AfD“ auf reale und nicht nur symbolische Macht wenigstens zu verzögern oder zu begrenzen. Dass Letzteres notwendig ist, zeigen die stabilen Umfragewerte der „AfD“ im Bund, die im Jahr 2025 bereits über Monate um die 25% pendeln.

Wer sich in einer ostdeutschen Kleinstadt offen gegen die „AfD“ bekennt, riskiert soziale Ächtung, Bedrohung oder gar körperliche Angriffe bis in das private Umfeld hinein. In einer Kleinstadt kann niemand den Akteur*innen der extremen Rechten einfach aus dem Weg gehen.

Die Normalisierung der „AfD“ in den Regionen Ostdeutschlands geht auf eine über Jahrzehnte gewachsene rechte Hegemonie im Alltag zurück: ob beim Klempner, der Bäckerin oder in der Kita. Die Quellen dieser Entwicklung – dies gilt es, sich in Erinnerung zu rufen – sind die 1990er-Baseballschlägerjahre. Auf diese rechtsextreme Jugendkultur in den ostdeutschen Kommunen der 2010er-Jahre und die Arbeit der NPD, die sich 2023 in *Die Heimat* umbenannt hat, wurde auf Seiten der Landes- und Bundespolitik regelmäßig nur mit kurzfristigem Aktivismus reagiert – nicht aber mit einer kontinuierlichen Unterstützung und Stärkung demokratischer Kräfte vor Ort. Hinzu kommt: Der demografische Wandel und die Abwanderung demokratisch engagierter, gut ausgebildeter Menschen, aber auch die Strukturschwäche gesellschaftlicher Großorganisationen wie Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und manchmal sogar Sportverbände haben ein Vakuum bis weit in den vorpolitischen Raum hinein hinterlassen, das heute die extreme Rechte ausfüllt.

Damit Protest nachhaltiger wirkt, muss er in andere Formen politischen Engagements überführt werden: ob in eine Bürgerinitiative, eine Kandidatur für die Gemeindevertretung oder auch in Gruppen, die sich um den Erhalt des örtlichen Kinos oder Jugendclubs bemühen oder Geld für das Stadtteilstfest im Sommer auftreiben. Jene, die das demokratische Engagement vor Ort tragen, waren nie weg. Aber sie waren angesichts der rechten Dauermobilisierung der vergangenen Jahre unsichtbar geworden. Es kostet viel Kraft, soziokulturelle Refugien der Begegnung, der Kultur, der politischen Bildung aufrechtzuerhalten – und noch viel mehr, sie wieder aufzubauen.

Was die Menschen brauchen, die sich in Ostdeutschland unter nicht gerade einfachen Bedingungen engagieren, ist zum einen eine demokratisch-gesellschaftliche Sichtbarkeit, zum anderen eine Auf-

merksamkeitsspanne von politisch verantwortlicher Seite, die auch dann noch anhält, wenn die schnellen Erfolgsmeldungen in der Auseinandersetzung mit der „AfD“ ausbleiben. Nur so können Vor-Ort-Initiativen nachhaltig gestützt und gestärkt werden.

In den Jahren des Aufstiegs der „AfD“ seit 2017 sollte klar geworden sein, dass es mit den althergebrachten Formaten politischen Campaignings nicht gelingen wird, die „AfD“ langfristig einzudämmen. Die Partei hat sich gerade in Ostdeutschland gesellschaftliche Sprechräume erschlossen, die sich andere Parteien nicht mehr zu nutzen in der Lage zeigen. Dies betrifft insbesondere die strategische Kommunikation über digitale Plattformen.

Daraus gilt es, Lehren zu ziehen. Einiges wäre gewonnen, wenn die ländlichen und kleinstädtischen Regionen Ostdeutschlands nicht nur durch den blauen „AfD“-Filter wahrgenommen würden. Es gibt in allen Orten Menschen und Initiativen, die für eine demokratische Kultur eintreten. Ein Problem ist: Unter der Dominanz der strategischen politischen Kommunikation der „AfD“ werden diese fast unsichtbar.

Zudem gilt es, die durchaus vorhandenen Niederlagen und Misserfolge der „AfD“ stärker in die öffentliche Wahrnehmung zu rücken. Denn zumindest ein Teil der Anziehungskraft der „AfD“ beruht auf ihrem auch medial immer wieder reproduzierten Erfolg. Der „AfD“ psychologisch wirksame Niederlagen zu bereiten, ist von enormer Bedeutung, um ihr den Nimbus der Unbesiegbarkeit zu nehmen. Die Auseinandersetzung mit den Politikangeboten der „AfD“ darf sich nicht auf Faktenchecks beschränken, sondern muss auf der emotionalen Ebene geführt werden. Soll das Engagement für Demokratie eine nachhaltige Wirkung erzielen, bedarf es Vorgehensweisen, die sich nicht in Protest erschöpfen können.

Eine Arena der Auseinandersetzung mit dem Politikangebot der „AfD“ ist zweifellos die Kommunalpolitik. In den lokalen Belangen kommt die sogenannte „große Politik“ den Menschen so nahe wie nirgends sonst. Das geht weit über lokalpolitische Entscheidungen im Stadt- oder Gemeinderat hinaus. Die sozialwissenschaftlichen Untersuchungen der vergangenen Jahre zeigen, dass über das Maß des

Vertrauens der Bürger*innen in die Handlungsfähigkeit des demokratischen Staates vor Ort entschieden wird. Anders gesagt: Wo ein Rückbau der soziokulturellen Infrastruktur für die Bürger*innen spürbar wird, wo also Orte der Begegnung sehr unterschiedlicher Menschen wegfallen, steigt das Misstrauen in den Zusammenhalt und letztlich in die Demokratie.

Das bedeutet im Umkehrschluss: Wo Menschen in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld die Erfahrung machen, dass sie aktiv an der Gestaltung ihres Lebensumfeldes mitwirken können, geht der Einfluss rechtsextremer Akteure zurück.

Gefragt ist daher eine kommunalpolitische Strategie, die den Einfluss der Rechtsextremen zunächst erst einmal begrenzt. Für die Arbeit in Gemeindevertretungen und Kreistagen bedeutet dies, die Handlungsspielräume der Kommunalpolitik klug zu nutzen und sich von der „AfD“ nicht treiben zu lassen. Vor Ort sollte im Einzelfall entschieden werden, wie es gelingen kann, der Partei ihre populistische Spitze zu nehmen.

Vor diesem Hintergrund ist die Frage zu betrachten, wie mit dem Agieren der Partei vor Ort umzugehen wäre. Sich vom politischen Agenda-Setting der extremen Rechten abzuwenden, eigene Akzente und Inhalte selbstbewusst und strategisch zu kommunizieren, kann bedeuten, sich die Initiative für die Sicht- und Erlebbarkeit eines gemeinwesenorientierten Handelns auch nicht dadurch aus der Hand nehmen zu lassen, dass sich extreme Rechte lokale Verbesserungen sehr gern auf die Fahne schreiben.

In ethischen Fragen dürfen die demokratischen Akteur*innen in einer Kommune nicht zurückweichen. In Fragen von sachlichen Entscheidungen aber kann es gelingen, mit Pragmatismus der extremen Rechten den Wind aus den Segeln zu nehmen und zu zeigen, dass eine engagierte Demokratie vor Ort mehr vermag, als nur den Status quo zu verwalten.

Rechtsextremismus und Kirchenrecht

HELGE JOHR, Jurist, Betriebswirt (IWW), Vizepräsident der
Evangelisch-reformierten Kirche
helge.johr@reformiert.de

Die Frage nach dem rechtlichen Rahmen im Hinblick auf Rechtsextremismus und Kirche erfordert eine Differenzierung verschiedener Rechtssphären. Zum einen ist zu klären, wie staatliches Recht sich auf die Kirchen und die Personen auswirkt, die in ihnen aktiv sind. Zum anderen ist zu untersuchen, welche rechtlichen Regelungen Kirchen selbst haben, um mit Rechtsextremismus umzugehen.

Die Katholische Kirche sowie die Evangelischen Landeskirchen haben mit der Weimarer Reichsverfassung (WRV) von 1919 den Status von Körperschaften des öffentlichen Rechts erlangt. Daraus wird oftmals hergeleitet, sie seien an die verfassungsrechtlichen Grundsätze, insbesondere die Grundrechte, gebunden. Sie sind aber keine staatliche Institution, sondern Körperschaften der besonderen Art, die nach Art. 140 GG i. V. m. Art. 137 WRV das Recht haben, ihre Angelegenheiten im Rahmen der für alle geltenden staatlichen Gesetze selbst zu regeln. Die Grundrechte binden unmittelbar nur den Staat, nicht jede natürliche und juristische Person, also auch nicht die Kirchen (sofern sie nicht ausnahmsweise im staatlichen Auftrag handeln). (Sodan 2024, Rn. 13.)

Ihr Handeln richtet sich nicht an den Grundrechten, sondern an ihren eigenen Bekenntnissen und Ordnungen aus. Religionsgemeinschaften mit Körperschaftsstatus müssen grundsätzlich Recht und Gesetz achten und die freiheitlich demokratische Grundordnung respektieren, vor allem die in Art. 79 III GG verankerten Grundsätze (Menschenwürde, Demokratie, Rechts- und Sozialstaatlichkeit). (BVerfGE 2019, 370 (392 f.); 139, 321 (351); zust. EGMR EuGRZ 2007, 543 (545).) Verstößt eine Religionsgemeinschaft dauerhaft dagegen, kann

ihr der Körperschaftsstatus aberkannt werden. (BVerfGE 102, 370 (394); 139, 321 (351).) Nach herrschender Meinung ist dies bei Kirchen, die schon vor der Gründung der Weimarer Republik Körperschaften waren, jedoch nur durch eine Grundgesetzänderung möglich. (Schmahl 2024, Rn. 9.) Dies gilt für alle katholischen Bistümer und evangelischen Landeskirchen.

Kirchen und ihre Mitarbeitenden sind nach Art. 140 GG i. V. m. Art. 137 III WRV an die „für alle geltenden Gesetze“ gebunden genauso wie jede natürliche oder juristische Person. (Weber 1997, 314f.) Straftaten im Kontext des kirchlichen Handelns unterliegen der staatlichen Strafverfolgung uneingeschränkt und unabhängig davon, dass Pfarrpersonen in Verkündigung und Seelsorge frei sind. Diese Freiheit gilt nur im Rahmen der kirchlichen Selbstorganisation. Auch Äußerungen in Predigten können strafrechtlich relevant sein. In Betracht kommen insbesondere Volksverhetzung (§ 130 StGB), Beleidigung (§ 185 StGB), üble Nachrede (§ 186 StGB) oder vergleichbare Straftatbestände.

In der Vergangenheit wurde durchaus gegen Pfarrpersonen ermittelt, deren Äußerungen im Rahmen ihres kirchlichen Dienstes als Volksverhetzung oder Beleidigung bewertet wurden. Bekannt geworden ist das Verfahren gegen den Bremer Pfarrer Olaf Latzel, der sich im Rahmen einer kirchlichen Veranstaltung abfällig über Homosexualität und den Christoph Street Day geäußert hatte. (Legal Tribune Online 2024.) Die Staatsanwaltschaft bewertete die Äußerungen als Volksverhetzung und erhob Anklage. Im Ergebnis wurde das Verfahren in zweiter Instanz eingestellt. Es zeigt aber, dass öffentliche Äußerungen von Pfarrpersonen strafrechtlich überprüft werden können.

Strafrechtlich relevant kann auch der Einsatz gegen Rechtsextremismus werden. Gegen den Erdinger Pfarrer Martin Garmeier wurde Strafanzeige wegen Beleidigung gestellt, da er sich vermeintlich abfällig über die „AfD“ geäußert hatte. Auch in diesem Fall prüfte die Staatsanwaltschaft das Vorliegen der Tatbestandsvoraussetzungen. Die Anzeige erwies sich als haltlos. Das Vorgehen verdeutlicht aber, dass sogar Predigtinhalte strafrechtlich relevant sein können.

Neben der strafrechtlichen Relevanz stellt sich die Frage, inwieweit rechtsextreme Äußerungen oder Handlungen gegen kirchenrechtliche Vorgaben verstoßen und welche Rechtsfolgen sich daraus ergeben. Da Kirchenrecht die Ordnung der jeweiligen Glaubensgemeinschaft abbildet, ist es an deren Bekenntnis und grundlegende Lehren gebunden, sowohl im katholischen als auch im evangelischen Bereich.

Die Katholische Deutsche Bischofskonferenz hat in ihrer Erklärung „Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar“ festgestellt, dass Rechtsextremismus das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft, religiöser Zugehörigkeit und kultureller Prägung prinzipiell infrage stellt. (Erklärung der deutschen Bischöfe 2024.) Die Bischöfe betonen zudem, dass diese Ideologie im Widerspruch steht zu den grundlegenden Lehren und Überzeugungen der katholischen Kirche, die von einer allumfassenden Menschheitsfamilie ausgeht. (Deutsche Bischofskonferenz 2025.) Dies kommt auch im kanonischen Recht zum Ausdruck, in dem allen Gläubigen Gleichheit zugesprochen wird. (Codex 1983, 208.)

Die Evangelischen Landeskirchen haben die aus dem Nationalsozialismus und dem Kirchenkampf gewonnenen Erkenntnisse in die Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) aufgenommen. Damit sollte sichergestellt werden, dass sie sich nie wieder von nationalistischen Tendenzen vereinnahmen lässt und die Lehren des Kirchenkampfes hinsichtlich Wesen, Auftrag und Ordnung der Kirche umsetzen. Deswegen unterstützt die EKD ihre Gliedkirchen bei der „gemeinsamen Abwehr kirchenzerstörender Irrlehre“, wobei vor dem historischen Hintergrund des Kirchenkampfes, auf den sich diese Aussagen beziehen, darunter insbesondere die Abwehr autoritärer und völkischer Tendenzen zu verstehen ist, wie sie von den *Deutschen Christen* vertreten wurden. (Claessen 2007, 211.) Alle kirchlichen Regelungen im evangelischen Bereich sind im Einklang mit diesen Grundsätzen auszulegen.

Das Selbstorganisationsrecht der Kirchen umfasst verschiedene Handlungsfelder, die im Hinblick auf die Rechtsfolgen rechtsextremistischer Aktivitäten gesondert zu betrachten sind. Aufgrund der

eigenständigen Rechtsordnungen der zwanzig evangelischen Landeskirchen kann an dieser Stelle nur eine grundsätzliche Übersicht gegeben werden:

Pfarrpersonen sowie kirchliche Verbeamtete stehen in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis. Sie haben eine besondere Dienst- und Treuepflicht gegenüber ihrer dienstgebenden Kirche. Mit der Ordination von Pfarrpersonen und dem Gelöbnis bei Verbeamteten verpflichten sie sich, ihren Dienst entsprechend dem Bekenntnis und nach den Ordnungen ihrer Kirche auszuüben. Durch die Bezugnahme auf die Grundordnung der EKD und die darin verankerten Erkenntnisse aus dem Kirchenkampf wird deutlich, dass sie keine völkischen oder rassistischen Positionen vertreten dürfen. Ein entsprechendes Verhalten kann eine Dienstpflichtverletzung darstellen.

Die Pflichten von Pfarrpersonen sind im Pfarrdienstgesetz der EKD (PfdG.EKD) geregelt. Aufgrund ihres öffentlichen Amtes vertreten sie die Kirche auch außerhalb ihres Dienstes. Bei politischer Betätigung müssen sie erkennen lassen, dass ihr Amt grundsätzlich verbindet und nicht trennt (§ 34 PfdG.EKD). Eine Unterstützung von Vereinigungen, die diesem Auftrag entgegensteht, ist deshalb untersagt (§ 33 PfdG.EKD). Entsprechendes gilt auch für Verbeamtete nach § 19 Kirchenbeamtengesetz der EKD (Gelöbnis) und § 27 (politische Betätigung). Ein aktuelles Beispiel wäre eine Mitgliedschaft in der „AfD“, deren öffentliche Aussagen den grundlegenden Lehren und Ordnungen der Kirchen widersprechen. Eine aktive Mitgliedschaft dürfte daher einen Verstoß gegen § 33 PfdG.EKD und damit eine Dienstpflichtverletzung darstellen.

Bei einem Anfangsverdacht auf eine Dienstpflichtverletzung ist ein Disziplinarverfahren einzuleiten. Je nach Schwere des Dienstvergehens können Disziplinarmaßnahmen von einem Verweis bis zur Entfernung aus dem Dienst reichen. Die Rechtmäßigkeit entsprechender Maßnahmen kann vom Kirchengericht der EKD überprüft werden.

Auch Angestellte unterliegen Loyalitätspflichten gegenüber ihrem Arbeitgeber. Dabei gelten im kirchlichen Kontext Besonderheiten, die für den evangelischen Bereich in der Richtlinie des Rates über Anfor-

derungen an die berufliche Mitarbeit in der Evangelischen Kirche in Deutschland und ihrer Diakonie (Mitarbeitsrichtlinie) geregelt sind. In § 5 Mitarbeitersrichtlinie heißt es, dass alle Mitarbeitenden in ihrem Aufgabenbereich Mitverantwortung für die glaubwürdige Erfüllung kirchlicher und diakonischer Aufgaben übernehmen. Sie haben sich gegenüber der Evangelischen Kirche loyal zu verhalten und sich innerhalb und außerhalb des Dienstes so zu verhalten, dass die Ausübung ihres jeweiligen Dienstes nicht beeinträchtigt wird.

Verstöße gegen die Loyalitätspflichten können zur Abmahnung oder Kündigung führen, wenn sie geeignet sind, das Ansehen der Kirche zu beschädigen. Dies ist insbesondere dann anzunehmen, wenn der Eindruck entsteht, die Kirche teile Positionen von Mitarbeitenden, die in eklatantem Widerspruch zu ihren Grundsätzen stehen. Dies kann etwa der Fall sein, wenn rechtsextreme Inhalte über dienstliche Geräte oder Verteiler versendet werden oder entsprechende Aussagen unter Bezugnahme auf die berufliche Tätigkeit gemacht werden.

Kirchen und Kirchengemeinden haben grundsätzlich Entscheidungsfreiheit bei der Auswahl ehrenamtlich tätiger Personen. Ein Ausschluss von Personen mit rechtsextremen Positionen ist in diesem Rahmen regelmäßig durch Beschluss des zuständigen Leitungsgremiums (Kirchenvorstand, Kirchenkreisvorstand etc.) möglich.

Eine Besonderheit ergibt sich bei der Frage, wie mit rechtsextremen Positionen von gewählten Mitgliedern kirchlicher Organe (Kirchenvorstand, Kirchenkreisvorstand usw.) umzugehen ist. Die Wahl in kirchliche Gremien steht grundsätzlich allen Kirchenmitgliedern offen. Nach ihrer Wahl sind sie in der Amtsausübung frei und nicht an Weisungen oder Aufträge gebunden. Ein Wahlausschluss oder ein Mandatsentzug erfordert eine entsprechende Rechtsgrundlage. Alle Landeskirchen regeln in ihren Kirchenordnungen, wann eine Person als ungeeignet für ein kirchliches Amt gilt. Die Einzelheiten unterscheiden sich jedoch je nach Landeskirche. Einige – etwa die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland oder die Evangelisch-reformierte Kirche – sehen allgemein kirchenschädliches Verhalten als Grund für einen Mandatsentzug an, anderen – etwa der Landeskirche Hannovers

oder der Kirche in Oldenburg – genügt dazu die (aktive) Mitgliedschaft in bestimmten kirchenfeindlichen Organisationen. Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass in manchen Landeskirchen der jeweilige Kirchenrat über das Vorliegen von Ausschlussgründen entscheidet, während dies in anderen Landeskirchen auf einer übergeordneten Ebene erfolgt. Festzuhalten ist, dass auch gewählte ehrenamtliche Gremienmitglieder auf die Bekenntnisse und Ordnungen der Kirche verpflichtet sind. Rechtsextreme Betätigungen verletzen diese Pflicht und können zum Wahlausschluss oder Mandatsverlust führen.

-
- Sodan, Helge, *Glaubensfreiheit; Gewissensfreiheit; Kriegsdienstverweigerung*, in: Sodan, Helge (Hg.), *Grundgesetz*, 5. Auflage, München 2024, 95–108.
- Bundesverfassungsgericht, *Band 102*, 370–400, *Urteil vom 19. Dezember 2000*, 2 BvR 1500/97: *Zeugen Jehovas*, tlp.de /x8y58 [abgerufen am 29. 10. 25].
- Schmahl, Stefanie, *Art. 137 WRV [Religionsgesellschaften]*, in: Sodan, Helge (Hg.), *Grundgesetz*, 5. Auflage, München 2024, 1058–1070.
- Weber, Hermann, *Bindung der Kirchen an staatliche und innerkirchliche Grundrechte und das Verhältnis der Grundrechtsgewährleistungen zueinander*, in: *ZevK*, Band 42 (1997), 282–318.
- Legal Tribune Online, *Gegen Zahlung einer Geldauflage an queeren Verein. Verfahren gegen „Pastor Lieblos“ vorläufig eingestellt*, 28. 08. 2024, tlp.de/k5jzo [abgerufen am 22. 9. 25].
- Erklärung der deutschen Bischöfe, *Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar*, Bonn 2024, tlp.de/q6jss [abgerufen am 22. 9. 25].
- Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.), *Erläuterungen zum Umgang mit extremistischen Positionen, die im Widerspruch zu tragenden Grundsätzen der katholischen Kirche stehen – Hilfe zur Auslegung von Artikel 6 und 7 der Grundordnung des kirchlichen Dienstes*, Bonn 2025, tlp.de/4js3s [abgerufen am 22. 9. 25].
- Codex des kanonischen Rechts, *Buch II: Volk Gottes, Teil I: Die Gläubigen, Titel I: Pflichten und Rechte aller Gläubigen (Cann. 208 – 223)*, 1983, tlp.de/733zd [abgerufen am 22. 9. 25].
- Claessen, Herbert, *Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland – Kommentar und Geschichte*, Stuttgart 2007.
- Kirchengesetz zur Regelung der Dienstverhältnisse der Pfarrerinnen und Pfarrer in der Evangelischen Kirche in Deutschland (*Pfarrdienstgesetz der EKD – PfDG.EKD*). In der Bekanntmachung der Neufassung vom 15. Februar 2021, tlp.de/ygw63 [abgerufen am 22. 9. 25].
- Kirchengesetz über die Kirchenbeamtinnen und Kirchenbeamten in der Evangelischen Kirche in Deutschland (*Kirchenbeamtengesetz der EKD –*

KBG.EKD). In der Bekanntmachung der Neufassung vom 15. März 2021, t1p.de/svx9s [abgerufen am 22. 9. 25].
Richtlinie des Rates über Anforderungen an die berufliche Mitarbeit in der Evangelischen Kirche in Deutschland und ihrer Diakonie (*Mitarbeitsrichtlinie*). In der Bekanntmachung der Neufassung vom 20. Januar 2024, t1p.de/w8vpo [abgerufen am 22. 9. 25].

Predigt zu Markus 12,29-31

KRISTINA KÜHNBAUM-SCHMIDT, Landesbischöfin der
Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland
Kanzlei-lb@nordkirche.de

„Das höchste Gebot ist das: ‚Höre, Israel, der Herr, unser Gott, ist der Herr allein, und du sollst den Herrn, deinen Gott, lieben von ganzem Herzen, von ganzer Seele, von ganzem Gemüt und mit all deiner Kraft.‘ Das andere ist dies: ‚Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst.‘ Es ist kein Gebot größer als diese.“ (Markus 12,29-31 – Luther 2017)

„Wollen wir nebeneinander gehen? Also, ich meine, kann ich neben dir gehen?“, fragt mich die junge Frau. „Ich bin ganz schön nervös.“

„Ich auch“, antworte ich. „Ich bin auch nervös. Gut, wenn wir nebeneinander gehen.“ Die junge Frau hat ein freundliches Gesicht. Sie heißt Luise. „Ich bin mit meiner Familie hier“, sagt sie. „Mein Mann passt auf die beiden Kleinen auf.“ Dann gehen wir nebeneinander – von der Kirche in Themar, einer kleinen Stadt in Thüringen, auf die Straße. Jede von uns trägt ein weißes Kreuz – mit einem Namen darauf. Eines von 193 Kreuzen. Das dortige Bündnis für Demokratie hat sie hergestellt. Die Kirchengemeinde gehört ebenfalls dazu. (Vgl. Bischöfin ruft zu Protest gegen Rechtsrockkonzert auf, 2018.)

Auf jedem Kreuz steht der Name eines Menschen, der als Opfer rechtsradikaler Gewalt gestorben ist. Die Kreuze tragen wir auf eine Wiese – eine Wiese, die neben dem Gelände liegt, auf dem im Juli 2017 das größte Rechtsrock-Konzert Europas mit 6000 Teilnehmenden stattfand. Angemeldet als politische Versammlung. (Vgl. Artikel „Rock gegen Überfremdung“, Wikipedia.) Auch 2018 gab es dort eines der größten Rechtsrock-Konzerte in unserem Land – mit 2000 Rechtsradikalen.

Wir sind eine Gruppe von 20 Personen. Mehr dürfen pro Gruppe im Studentakt nicht gehen. Denn für mehr könne die Polizei im Ernstfall keinen Schutz garantieren. Die Polizei ist mit 1.500 Männern und Frauen im Einsatz und meint, mehr als 20 Menschen auf einmal in unmittelbarer Nähe der 2000 Neo-Nazis keinen Schutz bieten zu können. Keinen Schutz vor jenen, deren laute Musik mit fremdenfeindlichen Texten uns in den Ohren dröhnt.

Also geht nach jedem Friedensgebet in der Kirche in Themar eine Gruppe von 20 Personen. Den ganzen Tag über werden Menschen Kreuze tragen. Sehr viele Frauen sind dabei. Zwei sagen: „Wir haben das im Kirchenchor besprochen – dass wir alle heute hier sind.“ Später singen sie als Erste, als einer mit seiner Posaune *We shall overcome* anstimmt. Neben ihnen steht eine Frau um die 70, die in der Kirche ein eigenes Gedicht vorgelesen hat. In Mundart. „Ich bin eine glühende Antifaschistin“, sagt sie zum Schluss.

Aus der Kirche geht es hinaus auf die Straße. Vor uns, hinter uns und neben uns: Polizei. Sie zählen die Menschen – 20. Und die Kreuze – 31. Manche tragen zwei Kreuze. „20 Leute und 31 Kreuze“, sagt ein Polizist ins knarrende Funkgerät. Das werde ich in der nächsten Stunde auf dem Weg zur Wiese immer wieder hören. Zurück wird es dann nur heißen: „20 Leute – alle vollzählig.“

Fast eine halbe Stunde brauchen wir bis zur Wiese – wegen des Umwegs, den wir gehen müssen. Im großen Bogen um das Festivalgelände des sogenannten Rechtsrock-Konzerts herum. Einen großen Bogen müssen wir gehen – wegen der Deeskalation. Man soll uns nicht zu lange sehen mit unseren Kreuzen. Wir sollen ja nicht provozieren.

Auf der Wiese werden die weißen Kreuze in die Erde geschlagen. Der Boden ist trocken und hart. Die Sonne brennt. Die Musik der Neonazis dröhnt. Ich reiche Luise meine Wasserflasche. „Trink etwas“, sage ich zu ihr.

Auf dem Weg zurück machen tätowierte Männer mit schwarzen T-Shirts, auf denen *Division Thüringen* steht, Fotos. Fotos von Luise, mir und den anderen – mit Teleobjektiv. Der Polizeibeamte vor uns meint nur: „Nicht provozieren lassen.“

Zurück vor der Kirche sagt Luise: „Komm doch mit zu uns.“ Wir sitzen im Schatten unter einer Kastanie. Luises Mann schaukelt ein Baby – es schläft. Luise reicht mir eine Tupperdose. Darin sind Pfannkuchen. Selbst gebacken. „Nimm“, sagt sie, „iss!“ Köstlich, diese Pfannkuchen. Mit Zuckerkruste.

Eine Stunde später, zur nächsten Friedensandacht in der Kirche, sitzen neben mir in der Bank zwei blasse junge Männer. Sie haben Bartflaum im Gesicht. Eben waren sie noch draußen vor der Tür – am Stand der MLPD. Jetzt sitzen sie hier in der Kirchenbank. An ihren Jacken sind MLPD-Sticker befestigt.

Als ich das ausgeteilte Liedblatt an sie weiterreiche, sagt einer der beiden: „Ich singe nicht. Ich glaube nicht an Gott. Aber ich weiß nicht – irgendwie ist es gut, hier in der Kirche zu sein. Mit euch.“ Damit meint er wohl uns, die Christenmenschen. Als die Andacht zu Ende ist, tragen sie jeder ein Kreuz – behutsam und respektvoll. „Denn“, sagt die Pfarrerin, „denkt daran: Ihr tragt ein Menschenleben.“

Keine 24 Stunden später sitze ich ein paar Dörfer weiter beim Kaffee nach einem regionalen Gottesdienst: Thüringer Kuchenbuffet, duftender Kaffee. Es ist eine entspannte Atmosphäre. Ein Mann kommt an meinen Tisch. Groß, breit, stark – an den Armen ist er tätowiert. „Sie waren gestern in Themar“, sagt er. „Ja“, sage ich. „Ich auch“, sagt er. Dann sieht er mich schweigend an. Ich merke, wie ich mich anspanne.

Schließlich sagt er: „Einer musste ja mit anpacken. Die Kreuze in die Erde, das war ganz schön hart.“ Jetzt erinnere ich mich. Er war einer von denen, die dort in der Sonne geholfen haben. Löcher gebuddelt. Mit dem schweren Gummihammer die Holzkreuze in die Erde getrieben. „Mein Pastor“, sagt er, „hat immer gesagt: Christus hat keine anderen Hände als unsere Hände. Also habe ich mitgemacht.“ Er erzählt noch von seinem alten Vater, den er pflegt. Der sitzt an einem anderen Tisch im Rollstuhl. Plaudert mit alten Bekannten aus dem Dorf. „Wenn die Nazis wiederkommen, bin ich auch wieder da“, sagt sein Sohn. „Sie können auf mich zählen.“ „Christus kann auf Sie zählen“, sage ich. Er nickt. „Wir sehen uns“, sagt er noch. Dann muss er los. Ja, wir sehen uns, denke ich.

Mein Herz und mein Kopf sind voll in diesen Tagen. In mir dröhnt noch die Musik nach. Die hasserfüllten Texte des Konzerts. Vor meinen Augen sind noch die Gesichter derer, die dort waren, um Gesicht zu zeigen. Luise, ihr Mann und die beiden Kinder. Die beiden jungen Männer in der Kirche. Die Frauen vom Kirchenchor. Die glühende Antifaschistin. Die Pfarrerin, die die kleinen Gruppen von 20 Menschen auf den Weg schickt. Der Mann, auf den Christus zählen kann. Wir waren nicht viele angesichts der tausenden Teilnehmenden an diesen sogenannten „Tagen der nationalen Bewegung“. Wir waren um die 500, die die *Tage der Weltoffenheit* feierten, um Frieden beteten, Kreuze trugen und Gesicht zeigten für Mitmenschlichkeit und Nächstenliebe.

Erschöpft bin ich. Und auch ein wenig mutlos. „Ich bin dankbar für jeden, der hier ist“, sagte der Bürgermeister von Themar zu mir. Stark soll das klingen. Und tapfer. Aber seine Augen sind so fruchtbar müde.

Kurz darauf gehe ich früh morgens schwimmen – will den Kopf wieder freibekommen. Das Schwimmbecken ist leer. Allein ziehe ich Bahn um Bahn. Normalerweise würde ich das jetzt genießen: das Becken ganz für mich allein. Glattes, weiches Wasser. Aber heute ist es einfach nur elendig, so ganz allein vor mich hinzuschwimmen.

Da ist auf einmal er mit im Wasser: ein älterer Herr. Wir kennen uns schon vom Schwimmen. Meist grüßen wir uns, nicken uns freundlich zu. Manchmal wechseln wir ein paar Worte – übers Wetter und so. Er ist ein waschechter Berliner – einer, der nach seinem Ruhestand in die Gegend um Meiningen gezogen ist. Seine Familie hat hier ihre Wurzeln.

Im großen leeren Becken schwimmt er jetzt ausgerechnet auf der Bahn genau neben meiner. Als wir uns begegnen, ruft er gut gelaunt zu mir rüber: „Ick dachte mir, ick lass se ma nich so alleene schwimmen, wa.“ Wie gut, dass mein Gesicht schon vom Wasser nass ist.

Liebe Geschwister, all das erzähle ich, weil ich sagen will: Ich habe einiges über Gott erfahren. Über Gott, den Christus verkörpert. Über Christus, der sich in uns verkörpert. Über diesen Gott habe ich einiges erfahren, was ich noch nicht wusste. Dass Gott wunderbare Pfannkuchen backen kann, zum Beispiel – köstliche Pfannkuchen mit Zucker-

kruste. Dass Gott manchmal nervös ist. Dass Gott in einer Kirchenbank sitzt und nicht genau weiß, ob und was er glauben soll. Dass Gott mitsingt, wenn die Posaune *We shall overcome* anstimmt und dass Gott manchmal sagt: „Nicht provozieren lassen.“ Dass Gott kräftig ist, habe ich erfahren. Und dass Gott verlässlich ist. Auf Gott kann man zählen. Wenn man nicht damit rechnet, schwimmt Gott auf einmal neben einem. Und berlinert drauflos wie ein Busfahrer der Berliner Verkehrsbetriebe.

Ja, das habe ich in den letzten Wochen über Gott erfahren. Und davon wollte ich euch erzählen. Amen.

Bischöfin ruft zu Protest gegen Rechtsrockkonzert auf, 8. 6. 18, epd,
t1p.de/nw76s [abgerufen am 30. 10. 25].

Seite „Rock gegen Überfremdung“, in: Wikipedia – Die freie Enzyklopädie,
t1p.de/xvrju [abgerufen am 30. 10. 25].

Madeleine Janssen, *Neonazi-Konzert in Thüringen. Ein Dorf wehrt sich*,
16. 07. 2017, Spiegelonline, t1p.de/rwaca [abgerufen am 30. 10. 25].

Wer Anstand hat, hält Abstand

ALENE OTT, Promovendin im Neuen Testament (Feministische Theologie / Intersektionale Exegese) und Referentin für Erprobungsräume in der Evangelischen Kirche Mitteldeutschland
aline.ott@ekmd.de

LUKAS PELLIO, Pfarrer und Studierendenseelsorger in Cottbus
lukas.pellio@gemeinsam.ekbo.de

QUINTON CEASAR, Pastor der Friedenskirche in Wiesmoor

2024/25 waren zwei politisch historische Jahre in Deutschland: Europawahlen, Kommunalwahlen in neun Bundesländern, Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg. Bei der Bundestagswahl erreichte die „AfD“ im Bund über 20% Wählerstimmen, in Ostdeutschland nahezu 40%. Inzwischen hat sich die Situation weiter verschärft, doch eines ist gleichgeblieben: „AfD“-Wähler*innen sind nicht abstrakt – es sind Nachbar*innen, Arbeitskolleg*innen und im Zweifel auch Kirchenvorsteher*innen aus dem eigenen Dorf. Bereits 2019 forderte die „AfD“ in ihrem Strategiepapier, Vereine, Verbände und kirchliche Strukturen zu unterlaufen und rechtsextrem zu prägen. (Vgl. Rosbach 2020.) Wir stehen als Kirche und Diakonie vor der doppelten Aufgabe: Zum einen macht der Querschnitt der Bevölkerung nicht vor der Kirchentür halt – natürlich wählen auch Christ*innen „AfD“. Zum anderen wäre es ein Fehler, die strategischen Netzwerkversuche der „AfD“ zu unterschätzen.

Wir sind Teil einer Kirche von jungen und erfahrenen Menschen, Arbeiter- und Akademiker*innen, Schwarz, People of Color und weiß, queer und hetero, fromm und auf der Suche. Wir sind stolz auf unsere Vielfalt und stehen zueinander, so wie es Paulus im Brief an die Gemeinde in Rom geschrieben hat: „Sind andere Menschen glücklich, freut euch mit ihnen. Sind sie traurig, dann begleitet sie in ihrem

Kummer. Lebt in Frieden miteinander. Wendet euch denen zu, die weniger angesehen sind.“ (Römer 12,15f – Neues Leben.) Unser Einsatz gegen rechts ist eine geistliche Entscheidung – für die Menschenwürde, die G*tt unwiderruflich in jeden Menschen gelegt hat.

Der „AfD“ ist unser schönes, vielfältiges und hoffnungsvolles Verständnis von Leben und Kirche ein Dorn im Auge. Selbst wenn die Rechtsextremen jetzt noch von Regierungsmacht auf Landesebene ferngehalten werden können, werden sie mit allen Mitteln die Demokratie torpedieren, Debatten vergiften und unsere Gesellschaft spalten. Dass noch immer „AfD“-Unterstützer*innen in Leitungsgremien von Kirchen, der Diakonie und Caritas mitbestimmen oder bei ihnen angestellt sind, ist ein Skandal.

Wir stehen füreinander und für die Zukunft unserer Gesellschaft ein. Deshalb haben wir 2024 eine Petition unter dem Titel *Nächstenliebe verlangt Klarheit – Antifaschistische Kirche jetzt!* gestartet. (We act 2024.) Wir wollten damit ein Zeichen setzen, da sich Demokratie vor Ort entscheidet.

Kurz vor der Veröffentlichung unserer Petition brachten die Recherchen des gemeinwohlorientierten Medienhauses CORRECTIV die „Remigrationspläne“ der „AfD“ ans Licht. Durch die folgenden Demokratiedemos hat sich vieles verändert. Engagement wurde möglich, weil ein Zeitfenster aufging – in Hamburg, Leipzig und Berlin genauso wie in Bad Oldesloe, Forst, Reiskirchen und Finsterwalde. Die Erklärung der katholischen Deutschen Bischofskonferenz bot dabei eine klare theologische Grundlage – ihre präzise Sprache übertrifft viele evangelische Stellungnahmen. (Erklärung der deutschen Bischöfe 2024.)

Wir erleben es als positiv, wenn Gemeinden oder Einzelpersonen an aktuelle Ereignisse, Demonstrationen oder mediale Impulse andocken können und unsere Petition platzieren, wenn Aufmerksamkeit vorhanden ist. Ein geschickt gewählter Zeitpunkt erhöht Wirksamkeit und signalisiert: Kirche ist handlungsfähig und präsent. Es schadet nicht, wenn Anliegen auch strategisch und taktisch bedacht werden. Denn es geht nicht nur darum, das Richtige zu sagen, sondern es

so zu sagen und auf eine Art und Weise zu handeln, dass daraus ein Unterschied entsteht. Das Wort muss Fleisch werden (Johannes 1,14) – das gilt auch hier.

Wer sich öffentlich und laut gegen rechts engagiert, sollte niemals die eigene Sicherheit riskieren. Es ist hilfreich, Aktionen oder Demonstrationen gemeinsam zu planen und zu besuchen. Hass im Netz ist ebenfalls verbreitet. Für die Veröffentlichung unserer digitalen Petition haben wir deswegen eine separate Google-Mail-Adresse eingerichtet, um keine privaten Daten preiszugeben. Fast 40.000 Menschen haben die Petition unterzeichnet. Bis auf einzelne, verwirrte Zuschriften kam es zu keiner Gefährdung unserer Personen. Dass sich überzeugte Rechte an unserer Petition stören, gehört dazu und sollte nicht überraschen.

Wichtig ist, sich dabei immer wieder klarzumachen, dass man nicht allein ist: In Dahme-Seenland wurde Stellung bezogen, als die „AfD“ mit einem Foto der dortigen Christuskirche für eine Veranstaltung warb: „Wir widersprechen allen Versuchen, Kirchen als Hintergrundbilder für Parolen der Ausgrenzung zu missbrauchen. Demokratie braucht keine Alternative.“ (PM Zossen-Fläming 2024.) Das *Befreiungstheologische Netzwerk* (btn) stellt kostenfrei das Logo *Anti-faschistische Kirchen* in verschiedenen Varianten zur Verfügung. Es kann für Sticker, T-Shirts oder Gemeindebriefe verwendet werden. Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM) hat „AfD“-Mitglieder von Leitungssämtern ausgeschlossen. (PM EKM 2024.) Diese Beispiele zeigen: Wir können Räume schützen, Haltungen durchsetzen und politisch aktiv werden und dadurch unseren theologischen Überzeugungen entsprechen.

Diese Übersicht skizziert mögliche Umsetzungswege für lokale Gemeindestrukturen. Die Schritte haben keine chronologische Reihenfolge:

Schritt	Aktion
Analyse	Erkennen, wie rechts-politische Kräfte örtlich präsent sind. Gibt es „AfD“-Mitglieder in Gemeindegremien?
Klare Kommunikation	Petitionstext veröffentlichen oder eigene Erklärung verfassen – öffentlich, klar, unmissverständlich.
Verbindlichkeit schaffen	Beschlüsse in Gremien fassen und auf der Homepage, in der Lokalpresse oder Schaukästen veröffentlichen. Wichtig ist, theologisch so schlüssig zu argumentieren, dass deutlich wird, dass die Überzeugungen aus der biblischen Botschaft selbst abgeleitet sind. Sie erwachsen aus dem Glauben an die von G*tt geschenkte Würde jedes Menschen und der darin begründeten Nächstenliebe, die insbesondere gegenüber Schutzbedürftigen gilt (bei Armut, Minderheiten, Geflüchteten).
Netzwerk & Kooperation	Bündnisse mit lokalen, demokratischen Initiativen eingehen, z. B. Herz statt Hetze, Bündnis #WirSindDieBrandmauer, Diakonie, Caritas, Selbstorganisationen von geflüchteten/behinderten Menschen usw. Kirchengemeinden haben Erfahrung damit, unterschiedlichste Menschen an einen Tisch zu bringen. Oft sind sie die Letzten, die alle, die unter dem Rechtsruck leiden, zusammenbringen können.
Praktizieren im Alltag	Räume schützen: keine „AfD“-Veranstaltungen erlauben. Solidarität zeigen: z. B. durch Abendgebet, Mahnwache und Gesprächsrunden. Betroffene rechter Gewalt und demokratische Zivilgesellschaft ins Zentrum der Gemeinde rücken, statt sich an Befindlichkeiten der extremen Rechten auszurichten.
Reflexion & Alltag verbinden	Regelmäßig prüfen: Was hat Wirkung gezeigt? Wo gab es Widerstand? Was sollte beim nächsten Mal besser funktionieren?

Unsere Petition hat erstaunliche Kreise gezogen – bis in Chefetagen von Kirchen und Wohlfahrtsverbände, Vorstände und Hauskreise. Wir müssen immer wieder kritisch prüfen, wo wir geschützte Räume für Menschen schaffen können und diese aktiv verteidigen. Wo Menschen aus ihrem christlichen Glauben heraus handeln, können Orte wachsen, an denen sich alle sicherer fühlen – unabhängig von Herkunft, Lebensweise oder politischer Einstellung. Safer Spaces bedeuten nicht nur Schutz vor körperlicher Gewalt, sondern auch vor Ideologien, die Menschen ausgrenzen oder einschüchtern. Kirche wird so zum lebendigen Zeugnis ihrer eigenen Botschaft: Gottes Liebe gilt al-

len – ohne Ausnahme. Der Mythos, es müsse mit allen geredet werden, verkennt, dass viele Menschen aktiv bedroht werden und nicht länger sicher sind, wenn wir aus einem missverstandenen Toleranzbegriff heraus keine Grenzen ziehen.

Wer sich engagiert, muss nicht gleich die ganze Welt verändern – kleine Schritte wirken. Gemeinden, Verbände und Einzelne können Position beziehen, indem sie Räume schützen, Worte sichtbar machen, Bündnisse bilden und Zeichen setzen. Jede Handlung, die Menschen Mut und Sicherheit schenkt, macht Kirche zu einem Ort, in dem das Evangelium in seinen buntesten Farben leuchtet. Auch wenn Engagement anstrengend sein kann und die Wahlvorhersagen weiter besorgniserregend sind: Wir stehen zusammen, Widerstand ist schön, macht Spaß und man darf sich auch mal Pausen nehmen. Wir wünschen allen dafür viel Segen und herzensvolle Menschen an der Seite!

Rosbach, Jens, *Unterwanderte Zivilgesellschaft. Wie Rechte versuchen, Vereine und Verbände zu infiltrieren*, DLF 10. 10. 2020, t1p.de/ly85n [abgerufen am 31. 10. 25].

Nächstenliebe verlangt Klarheit – Antifaschistische Kirche jetzt!, WeAct 2024, t1p.de/tg8wd [abgerufen am 31. 10. 25].

„Wo sich die Kirche engagiert, öffnen sich auf einmal Türen“. Im Gespräch mit Lukas Pellio, Die Eule, 9. März 2024, t1p.de/p7k27 [abgerufen am 31. 10. 25].

Correctiv Themenseite, *Geheimplan gegen Deutschland*, t1p.de/rteh0 [abgerufen am 31. 10. 25].

Erklärung der deutschen Bischöfe, *Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar*, Bonn 2024, t1p.de/q6jss [abgerufen am 31. 10. 25].

Pressemitteilung 11/2024 des Ev. Kirchenkreis Zossen-Fläming, Evangelische Kirchengemeinde und Kirchenkreis wehren sich gegen Vereinbarungsversuche durch die AfD, 9. 9. 24, t1p.de/5lx6c [abgerufen am 31. 10. 25].

Befreiungstheologisches Netzwerk, t1p.de/wvm2x [abgerufen am 31. 10. 25].

Pressemitteilung EKM 119, 20. 11. 24, *Synodentagung in Erfurt startet mit Bericht von Landesbischof Kramer. „Menschenverachtende Positionen vertragen sich nicht mit Leitungsämtern“*, t1p.de/bvcho [abgerufen am 31. 10. 25].